

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 und d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann-Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

15/81
2. Oktober

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Regionalentwicklung und Ressourcenbeanspruchung

Mit dem Thema „Regionalentwicklung und Ressourcenbeanspruchung“ wird sich das 2. Regionalsymposium der Partneruniversitäten Groningen und Oldenburg am 21. Oktober in der Oldenburger Universität befassen. Bereits im April 1980 hatte anlässlich der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen beiden Universitäten in Groningen

ein 1. Symposium mit ähnlicher Thematik stattgefunden. Es geht dabei um die Frage, welche Zukunftsaussichten „Periphereregionen“ wie der Nordwestraum Niedersachsens bzw. die nördlichen Niederlande haben, welche Gestaltungsspielräume (noch) offen sind und welche Strategien zu Verbesserungen einzuschlagen wären.

Die Universität erwartet zu den zahlreichen Vorträgen und Diskussionen, die noch gesondert angekündigt werden, nicht nur Fachwissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, sondern auch Vertreter regionalbedeutsamer Institutionen und vor allem auch regionalwissenschaftlich interessierte Studenten.

jw

Neues Projekt auch Servicestation für Freizeitplanung und -gestaltung

Arbeitsamt finanziert Anschlußvorhaben zum Modellversuch Freizeitsport

BAFöG-Anträge sofort stellen

Der Allgemeine Studentenausschuß (ÄStA) der Universität und das Studentenwerk weisen darauf hin, daß die neu immatrikulierten Studenten unmittelbar nach ihrer Einschreibung BAFöG-Anträge stellen müssen, wenn sie eine Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz anstreben. Nach der Novellierung der letzten BAFöG-Bestimmung durch die Bundesregierung wird eine Förderung nicht mehr rückwirkend gewährt, sondern erst mit dem Monat, in dem der Antrag abgegeben worden ist. BAFöG-Formulare sind beim Studentenwerk, Lindenallee 2, zu erhalten. Das ÄStA-Sozialreferat gibt die Vordrucke ebenfalls aus. Das Büro ist vom 12. bis 24. Oktober täglich von 12 bis 13 Uhr geöffnet und bei der Antragstellung behilflich.

Erklärung zu Jura-Studiengang begrüßt

Präsident Dr. Horst Zilleßen begrüßte die „grundsätzlich positive Haltung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht zur Etablierung eines Jura-Studienganges an der Universität Oldenburg.“ Die schwierige Haushaltssituation des Landes sei hierfür nicht entscheidend, da Teile des Lehrangebotes durch Lehrbeauftragte abgedeckt werden könnten. Die „baldige Einlösung früherer Zusagen der Regierung und des zuständigen Ministers“ ermögliche in der Nordwest-Region vielfältigere Alternativen zum Lehramtsstudium und zudem eine Entlastung des rechtswissenschaftlichen Studienganges an der Universität in Göttingen.

„Verzahnung von erster und zweiter Phase auf Tagesordnung lassen“

„Dem Modellversuch einphasige Lehrerausbildung ist es gelungen, die Ausbildung der Lehrer in der Hochschule und Schule praxisorientierter zu gestalten und besser miteinander zu verknüpfen, wie jetzt alle Gutachter dieses Projektes festgestellt haben. Dieses Ergebnis ist eine Aufforderung an alle im Bildungsbereich Verantwortlichen, die Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungphase auf der Tagesordnung zu las-

sen.“ Das erklärte Bundesbildungsminister Björn Engholm im Anschluß an seinen Besuch in Oldenburg am 24. September. Engholm, dessen Ministerium den jetzt auslaufenden Modellversuch mit sechs Millionen Mark förderte, äußerte sich damit erstmals zu den vom Niedersächsischen Kultusministerium in Auftrag gegebenen Gutachten über die einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg, die im

von Sport-, Spiel- und Freizeitangeboten u.a. in Vereinen, Schulen und Heimen angeboten werden. Für die gleiche Zielgruppe wird ein umfassendes Beratungs- und Informationsystem aufgebaut. Weiter erklärte Jürgen Koch: „Ein wichtiger Aufgabenbereich wird auch in der Gestaltung und Nutzung von Kinderspielplätzen, Schulhöfen und Spielstraßen, aber auch von Hallenbädern, Sporthallen und Sportfreianlagen liegen. Wir greifen also zunächst auf Einrichtungen zurück, die in sehr unterschiedlicher Form bereits vorhanden sind, die aber auf ihren spiel- und sportpädagogischen Stellenwert und auf ihre räumlich-gestalterische Einbindung in unsere Umwelt neu durchdacht werden sollen. Um der Komplexität dieser Aufgabenstellung gerecht werden zu können, bemühen wir uns von vornherein um eine interdisziplinäre Arbeitsweise, die vor allem pädagogisches und raumplanerisches Fachwissen verknüpfen soll.“

360 Lehrer in Oldenburg arbeitslos

Im Bereich des Arbeitsamtes Oldenburg haben sich 360 Lehramtsabsolventen arbeitslos gemeldet. Tatsächlich dürfte die Zahl der Lehrer, die in ihrem Beruf nicht tätig sein können, noch höher liegen, da etliche kurzfristig Jobs angenommen haben.

Energieautarkie im nächsten Frühjahr



Es gab keinen Richtkranz auf dem Energielabor, aber gefeiert wurde doch in kleinem Kreis. Oldenburger Wissenschaftler, die das Haus konzipiert haben, und Handwerker begossen diesen zumindest in der Bundesrepublik bisher einmaligen Bau. Er wird sich selbst mit Energie versorgen - durch Sonnenkollektoren, einen Windkonzert, Wärme pumpen und zu Alkohol verarbeitete Biomasse. Die Kosten für das energieautarke Labor, das nicht nur Arbeitsplätze für Wissenschaftler bietet, sondern selbst Gegenstand der Forschung sein wird, liegen im Rahmen der üblichen Kosten für naturwissenschaftliche Studienplätze. Im nächsten Jahr soll das Energielabor, das Teil des Gesamtausbau der Naturwissenschaften auf dem Standort Wechloy ist, fertiggestellt sein.

Foto: Liebig

Neuer Anfang auf ausgetretenen Pfaden

Zweiphasige Lehrerausbildung in allen Lehrämtern

Die einphasige Lehrerausbildung (ELAB) hat ausgedient. Nach Auslaufen des ELAB-Gesetzes zum 15.9.1981 werden Lehrerstudenten nun mehr für alle Schularten (Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen, Sonderschulen) nur noch in die traditionelle zweiphasige Lehrerausbildung (ZweiLAB) immatrikuliert. Studenten, die bereits vorher in die einphasige Ausbildung eingetreten sind, können ihre Ausbildung einphasig fortführen und abschließen; ihre Ausbildung ist der zweiphasigen gleichwertig - sagt das Gesetz; und mehrere Jahrgänge von Absolventen beweisen es bereits in den Schulen.

Ob die ZweiLAB aber auch der ELAB gleichwertig werden wird? Die einphasige Ausbildung war ein zeitlich begrenzter Versuch und diente der Erprobung einer besseren Lehrerausbildung. Mit dem Abbruch sind die Verbesserungswünsche nicht zu Grabe getragen worden. Mehrere vom Kultusminister bestellte Gutachter haben es für richtig befunden, daß zentrale Reformelemente der ELAB auch für die zweiphasige Ausbildung wichtig sind: stärkere Kooperation von Schule und Universität, mehr Praxis für die Studenten, Mitarbeit von Lehrern in der Hochschule, von Hochschullehrern in der Schule,

Projektstudium. Doch, folgt man den gerade neu erlassenen Lehrerprüfungsordnungen des Kultusministers, so wird man wenige Verbesserungen feststellen.

Nun sollen die neuen Prüfungsordnungen noch nicht das letzte Wort sein. Die Universität hat beantragt, die zweiphasige Ausbildung um Reformelemente der ELAB (zumindest in Oldenburg) anzureichern. Der Kultusminister hat gesagt, er begrüße eine stärkere Praxisorientierung in der Lehrerausbildung. Die Studienreformkommissionen haben ein Kontaktlehrer-Modell ähnlich dem der ELAB empfohlen. Aber alles das kostet Geld, und Geld ist gegenwärtig für die Hochschulen, insbesondere für die Ausbildung der Lehrer, nicht leicht zu bekommen.

So werden für die Studenten, die im Wintersemester neu beginnen, die Prüfungsordnungen die zunächst maßgebliche Regelung sein. Die Universität kann darüber hinaus - in Fortführung ihrer Erfahrungen mit der ELAB - nur das anbieten, was den Ordnungen nicht widerspricht und was nichts kostet.

Die Prüfungsordnungen legen entscheidende Elemente der Ausbildung fest, indem sie die Prüfungsfächer, ihr relatives Gewicht, die Studien-

Fortsetzung auf S. 2

würde das bedeuten, daß Bildung wieder ein Privileg der Begüterten werde. Denn derartige Vorschläge würden einkommensschwächere Familien und unter ihnen besonders Arbeiterkinder treffen. Nach dem BAFöG werden 490.000 Schüler, davon 305.000 an berufsbildenden Schulen, 170.000 an Gymnasien und 15.000 auf dem zweiten Bildungsweg gefördert. Fünfzig Prozent aller geförderten Schüler seien Arbeiterkinder. gh

Sommer dieses Jahres vorgelegt worden sind (s. auch uni-info 13 + 14/81). Einschließlich der über 50 Millionen Mark für die Hochschulbauförderung in Oldenburg hat nach Angaben Engholms sein Ministerium in den letzten zehn Jahren über 80 Millionen Mark für Bildungsmaßnahmen in Oldenburg zur Verfügung gestellt. Als weiteres durch den Bundesminister in Oldenburg gefördertes Projekt hob Engholm das der ZWW zuge-

Liu Liren - ein Physiker aus der Volksrepublik China

Ein Jahr Forschungsaufenthalt in der Universität Oldenburg

Da er in der Bundesrepublik und dort ausgerechnet in Oldenburg gelandet ist, bezeichnet er als reinen Zufall. Vor zwei Jahren ging es Liu Liren, Wissenschaftler am Institut für Optik und Feinmechanik in Shanghai und jetzt an der Universität Oldenburg tätig, vor allen Dingen darum, überhaupt ins Ausland zu kommen. Denn das ist im heutigen China eine wichtige Voraussetzung für die wissenschaftliche Laufbahn. Sie wird jetzt möglicherweise auch dadurch gefördert, daß der Physiker Stipendiat der Humboldt-Stiftung ist. Diese Stiftung wird hüben wie drüben besonders hoch eingeschätzt, weil die Prüfungs- und Annahmebedingungen als besonders hart gelten.

Liu Liren hält sich jetzt seit mehr als fünf Monaten in der Bundesrepublik auf, allerdings erst seit gut vier Monaten in Oldenburg. Denn bevor er die Forschung an der Universität aufnehmen konnte, mußte er erst einmal deutsch lernen, und zwar im Goethe-Institut in Lüneburg. In Deutschland interessiert ihn nicht nur der Stand der Forschung selbst, sondern insbesondere auch die Organisation von Forschung und Lehre. Also: Wie geforscht wird, unter welchen Bedingungen, wie die Lehre in die Forschung integriert wird.

Liu Liren kommt aus einem vergleichsweise großen Institut, in dem ausschließlich geforscht wird: Dem Institut für Optik und Feinmechanik der Academia sinica, der Akademie der Wissenschaften in China. In diesem Institut, das sich hauptsächlich mit der Anwendung von Laserphysik beschäftigt, arbeiten nicht weniger als fünfzehnhundert Personen. Liu gehört zu einer Arbeitsgruppe, deren Spezialgebiet die Holografie ist - also unter anderem die dreidimensionale Fotografie.

An der Universität Oldenburg forscht in diesem Bereich der Physikprofessor Dr. Klaus Hinsch, der selbst im vergangenen Jahr für drei Monate in Tianjin lehrte, der mit

sechs Millionen drittgrößten Stadt Chinas. Hinsch unterrichtete jedoch nicht Studenten, sondern wissenschaftliche Mitarbeiter der großen Universität. Eine außergewöhnlich anstrengende Tätigkeit für einen deutschen Professor: Er mußte fünfmal in der Woche drei Stunden lehren und am Nachmittag auch noch beratend in den Laboren zur Verfügung stehen.

Liu Liren wird in Oldenburg nicht lehren. Neben dem Studium des Know-how der Wissenschaft wird er sich seinem Spezialgebiet, der Holografie, widmen. Mit den Arbeitsbedingungen ist er dabei, wie er sagt, sehr zufrieden. Er will diese Zeit intensiv nutzen. Denn möglicherweise bleibt es nicht nur sein einziger Auslandsaufenthalt, sondern für ihn auch die einzige Forschungsstätte außerhalb des Shanghaier Instituts. In China ist es ganz ungewöhnlich - auch für Wissenschaftler, die Arbeitsstätte zu wechseln. Liu, 38 Jahre alt, arbeitet seit 15 Jahren in dem Institut für Optik und Feinmechanik. Er wird aller Voraussicht nach sein Leben dort bleiben und vielleicht seine Karriere als Professor abschließen, ein Wunsch, der seit zwei Jahren wieder realistische Form angenommen hat. Bis dahin war dieser Titel seit der Kulturrevolution aus dem Vokabular der chinesischen Sprache gestrichen. Aber nicht nur den „Professor“ führte die neue Regierung in Peking wieder ein, sondern auch den Doktorstitel, den es vor dem Sturm der Roten Garden nicht gegeben hatte. Die Promotion soll nun wie in anderen Ländern Grundlage für eine wissenschaftliche Laufbahn werden. Diese Maßnahmen sind Teil eines großen Programms, mit dessen Hilfe zehn Jahre der Stagnation in Forschung und Lehre überwunden werden sollen. Während der Kulturrevolution hatten Chinesen kaum Zugang zu ausländischer Fachliteratur und konnten sich selbst außerhalb ihrer Landesgrenzen nicht informieren.

Ein großer Sprung soll die Wissenschaft der Volksrepublik wieder ans „Weltniveau“ heranbringen. England, Frankreich, die Bundesrepublik und die USA sind die bevorzugten Partner. Kulturabkommen regeln auch den Austausch von Wissenschaftlern. In der Bundesrepublik forschen zur Zeit etwa 800 Chinesen, in den nächsten Jahren soll die Zahl auf das Doppelte steigen. Dabei ist es nicht immer leicht, Forschungsplätze für Wissenschaftler aus dem Fernen Osten zu finden. Professor Hinsch bemüht sich nach Kräften darum. Sechs Physikern hat er bereits einen Platz in verschiedenen Instituten vermitteln können. Dazu gehört auch Liu Liren, der sich wünscht, im Laufe seines noch einjährigen Aufenthaltes einen Landsmann an der Universität Oldenburg begrüßen zu können. Denn das ist eigentlich sein Hauptproblem: In Oldenburg ist er der einzige aus der Volksrepublik China. gh

Prof. Raapke GKL-Vorsitzender

Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke wurde auf der konstituierenden Sitzung der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter ist Professor Dr. Wolfgang Nitsch.

Zur sozialen Kompetenz der Lehrer

Probleme und Perspektiven der sozialen Kompetenz der Lehrer behandelt eine Tagung, die das Zentrum für pädagogische Berufspraxis an der Oldenburger Universität von Mittwoch, 23. September, bis Freitag, 25. September, durchführte. An ihr nahmen 80 Vertreter aus Universitäten und Schulen teil. Schwerpunkte der Tagung waren sowohl die Ausbildungsbedingungen und -formen der Lehrer als auch ihre verschiedenen Arbeitsbereiche in den Schulen.

Neuer Anfang auf ausgetretenen

dauer und die Praxisanteile regeln. So wird etwa einheitlich für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien bestimmt, daß jeweils zwei Hauptfächter und die Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften zu studieren sind; das entspricht annähernd den Regelungen der ELAB und stellt - mit der Einführung der erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung für die Gymnasiallehrer - eine Verbesserung gegenüber der alten ZweiLAB dar. Aber: die Grund- und Haupt- sowie die Realschullehrer haben zusätzlich ein drittes Unterrichtsfach zu studieren - ein Rückschritt um Jahrzehnte, denn eine qualifizierte Ausbildung ist bei dem geringen dafür vorgesehenen Studienumfang völlig unmöglich. Verschärft wird das Problem der Ausbildungskomplexität durch die Regelstudienzeitbestimmungen, die trotz Drittachausbildung und zunehmender Prüfungsanforderungen die bisherige Mindeststudienzeit von sechs Semestern bei Grund- und Hauptschullehrern festklopft, bei Realschullehrern sogar von acht auf sieben Semester reduziert (dazu kommt jeweils ein Prüfungssemester); bei Gymnasiallehrern bleibt es bei acht Studiensemestern und zwei Prüfungssemestern.

Für alle diese Lehrämter wiederum gilt, daß jeweils zwei Schulpraktika und ein Sozial- oder Betriebspraktikum während des Studiums durchgeführt werden sollen; für die Gymnasiallehrer ist das außerschulische Praktikum ein Gewinn gegenüber der alten zweiphasigen Ausbildung, für alle ist es ein Rückschritt gegen-

über der ELAB, die ein weiteres Schulpraktikum vorsah. (Über die berufsbildenden und Sonderschul Lehrämter kann Definitives noch nicht gesagt werden, weil die Prüfungsordnungen noch ausstehen; jedoch ist für die Sonderschullehrer abzusehen, daß - bei einer unveränderten Studienzeit von acht Semestern und einem Prüfungssemester - vermutlich zwei sonderpädagogische Fachrichtungen (statt einer) und zwei bis drei Unterrichtsfächer (statt einem) zu studieren sind.)

Diese Regelungen kann die Universität nicht ändern, weil sie in die Kompetenz des Kultusministers fallen. Die Hochschule strebt jedoch folgende Verbesserungen an:

► Erstens will sie die Lehrerstudien aller Schularten während einer dreisemestrigen Eingangsphase gemeinsam ausbilden, um eine Überprüfung und einen Wechsel des gewählten Lehramtes zu ermöglichen. ► Zweitens will sie für eine intensive Vorbereitung, Betreuung und Auswertung der Praktika durch Hochschullehrer sorgen, der eine kontinuierliche Mitarbeit in der Universität von Lehrern korrespondiert („Kontaktelehrer-Modell“), wofür ein Theorie- und Praxis integrierendes „Projektstudium“ die angemessene Lehrveranstaltungsform ist.

► Drittens soll die Zahl der Schulpraktika auf drei erhöht werden, damit neben dem allgemeinen Schulpraktikum je ein Praktikum in jedem Hauptfach durchgeführt werden kann. Und

► viertens sollen Hochschule und

Ausbildungsseminare, also die für die theoretische und für die schulpraktische Ausbildung zuständigen Einrichtungen („erste Phase“ und „zweite Phase“) eng miteinander zusammenarbeiten.

Dies ist vorerst nur mit entscheidenden Abstrichen realisierbar. Insbesondere das Kontaktlehrermodell, die Praxisbetreuung durch die Hochschule und die zusätzlichen Praktika kosten Geld - für Lehrerstellen, für Reisekosten der Hochschullehrer, der Lehrer und der Studenten zum Beispiel - und das ist in den Haushaltsplänen noch nicht vorgesehen. Auch die Kooperation von erster und zweiter Phase, die kostenneutral ist, stößt auf Schwierigkeiten, von denen die beamtenrechtlichen und sonstigen bürokratischen Probleme noch nicht die einzigen sind; es gilt auch, das Selbstverständnis beider Institutionen, nämlich daß sie autonom sind, zu vereinbaren mit der Einsicht, daß sie aufeinander angewiesen sind. Es geht daher nicht ausschließlich darum, den Finanzminister zum Zahlen zu bewegen, sondern wesentlich auch um die Frage, ob Universität und Schulverwaltung, Hochschullehrer und Ausbildungsseminarleiter das Gemeinsame ihrer Aufgabe erkennen und gemeinsam anpacken. Dafür ist im Rahmen der ELAB einiges in Bewegung gebracht worden; es gilt nun, diese Erfahrungen nicht versanden zu lassen, sondern trotz und wegen der Probleme auszubauen.

Wie gesagt, die Schwierigkeiten liegen nicht nur bei den anderen; auch die Hochschule tut sich schwer, die in



Für ein Jahr in Oldenburg zu Gast: Liu Liren, Physiker aus China, mit Professor Klaus Hinsch.

Foto: Zahn

Busch ATEE-Präsident

Auf der 6. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe (ATEE), die im September in Neuchâtel (Schweiz) stattfand, übernahm der Oldenburger Erziehungswissenschaftler, Prof. Dr. F.W. Busch, das Amt des Präsidenten dieser Vereinigung. Prof. Busch, 1979 in Nancy (Frankreich) zum Vizepräsidenten gewählt, wurde damit Nachfolger des Waliser Rhys Gwyn. Busch ist der dritte Präsident dieser 1976 in Liege (Belgien) gegründeten europäischen Vereinigung. Er gilt in der internationalen Öffentlichkeit als angesehener Vertreter einer modernen Lehrerausbildung und sammelte seine Erfahrung u.a. im Zusammenhang mit dem an der Universität Oldenburg durchgeführten Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung. Busch war in seiner Eigenschaft als Prorektor und Vizepräsident der Universität Oldenburg drei Jahre verantwortlich für den Modellversuch.



In seiner Antrittsrede vor den etwa 250 Konferenzteilnehmern aus 17 europäischen und überseeschen Ländern erklärte Busch, die ATEE habe die Chance wahrgenommen, für den im Bildungswesen zentralen Bereich Lehrerausbildung die Integrationsbemühungen in Europa zu unterstützen.

zen und anzuführen. Die Gründer der Organisation hätten allerdings schon damals geahnt, daß eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit die Respektierung historisch-politischer, ideologisch-gesellschaftlicher und rechtlich-organisatorischer Fakten sei. Fragen im Bereich von Bildung und Erziehung seien in Europa traditionell eine Angelegenheit der Länder und Regionen, sie seien abhängig von regionalen Besonderheiten, emotionalen Eigenheiten, sozio-kulturellen Strukturen und normativen Erziehungsvorstellungen. Weil das so sei und weil andererseits auf dem Weg zu Europa die „Einbringung der europäischen Dimension“ in den Bildungsbereich verwirklicht werden müsse, habe sich die Aufmerksamkeit der ATEE darauf konzentriert, ein Forum zu schaffen bzw. zu sein, auf dem die Auseinandersetzung und Klärung konkreter Probleme im weiteren Bereich der Lehrerausbildung stattfinde. Als deutscher Präsident der ATEE sieht es Busch u.a. als seine besondere Aufgabe an, den Kreis der deutschen Mitglieder zu erweitern. Dazu erklärte er, da die ATEE ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern und Praktikern sei, komme es auch darauf an, Vertreter der sogenannten Zweiten Phase als Mitglieder zu gewinnen und an der Arbeit zu beteiligen.

Pfaden Fortsetzung von S. 1

der ELAB angestrebten Reformen nun unter erschwerten Rahmenbedingungen weiterzuführen. Da spielt eine wichtige Rolle die Unsicherheit der Beteiligten über die Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten für Reformen überhaupt in der ZweitLAB. Nicht zu vergessen ist die Unlust, sich mit Engagement und Mehrarbeit einzulassen auf ein Konzept, das man nicht gewollt hat und nicht verantworten will. Sicher ist auch verletzter Stolz im Spiel, die Hochschule und gerade ihre engagiertesten Mitglieder haben für die ELAB neben berechtigter Skepsis und Kritik auch eine Menge unverdienter Prügel einstecken müssen, die nicht aufgewogen wird durch die jüngst zunehmende, aber noch folgenlos gebliebene freundlichere Anerkennung des Geleisteten. Und vernachlässigt soll auch nicht werden die Lust vieler Lehrenden, mal nicht mehr auch in den Semesterferien die Schulen im Nordwestraum abzureisen, sich nicht durch die Schule die eigene Ausbildung der Lehrer infragestellen zu lassen, sondern einfach in Ruhe ein Buch zu schreiben und ungehindert Theorie zu produzieren.

Aus diesen Schwierigkeiten in der Hochschule ergab sich bei der Planung dieses Wintersemesters, daß zunächst ein ausreichendes Lehrangebot für die zweiphasigen Studienanfänger nicht zustandekam; insbesondere fehlten Anfängerprojekte, die auch auf das erste Schulpraktikum und das Sozial- oder Betriebspraktikum vorbereiten. Und erst vielfältige Initiativen der „Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung“

(GKL), die das höchste Hochschulorgan für die Lehrerausbildung ist, sowie des Präsidenten bewirkten, daß die Fachbereiche sich mühsam zu einer Umplanung zu bequemen begannen. Ende September - einen Monat vor Veranstaltungsbeginn - war noch unsicher, ob dies einigermaßen gelingen würde; jedenfalls werden die Studienanfänger nicht aus dem offiziellen Veranstaltungsverzeichnis die für sie vorgesehenen Projekte entnehmen können, sondern erst aus besonderen Hinweisblättern, die in der Orientierungswoche verteilt werden. Weil bisher nur wenige Rahmenregelungen bestehen, werden die Lehrerstudenten nicht jede ihrer Fragen nach Orientierung endgültig beantwortet bekommen. Sie sollten da auch als Chance verstehen, ihr Studium einigermaßen frei und selbstbestimmt zu beginnen, ihren eigenen Interessen zu folgen.

Doch die Orientierungslosigkeit soll nicht Programm werden: die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung wird im Wintersemester Studienordnungen für alle Lehrer und Fächer vorbereiten, nachdem sie bereits über den Umfang an Lehrveranstaltungen, die im Laufe des Studiums in den einzelnen Ausbildungsanstalten zu besuchen sind, beschlossen hat. Und sie wird wohl noch im November eine Zwischenprüfungsordnung vorlegen, die die Abschluß der ersten Studienhälfte der Gymnasiallehrer und Handelsschullehrer regelt. Zur Information über und Mitarbeit an diesen Ordnungen sind auch die Studienanfänger aufgerufen.

Hans-Jürgen

Quereinstieg in die ELAB vom Gericht nicht zugelassen

Der 10. Senat des Oberverwaltungsgerichtes in Lüneburg entschied, daß ein Quereinstieg in die Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) nach ihrem Auslaufen am 15. September 1980 nicht mehr möglich ist (10. OVG B 1437/81). Mit dieser Entscheidung, die zu einem Antrag auf den Erlaß einer einstweiligen Anordnung geführt wurde, hob der Senat einen anderslautenden Beschuß des Verwaltungsgerichtes in Oldenburg auf (4 VGD 181/81).

Ein Absolvent des Diplomstudienganges Ökonomie hatte sich am 1. Februar 1981 bei der Universität um die Zulassung zur ELAB mit den Fä-

chern Wirtschaftswissenschaft und Kunst im Sekundarbereich II beworben. Mit einem Quereinstieg wollte er das Studium im vierten Fachsemester aufnehmen, da ihm für seine bisherige Qualifikation drei Semester angerechnet werden konnten.

Die Bewerbung wurde von der Universität nach einem Erlaß des Wissenschaftsministeriums in Hannover abschlägig beschieden. Durch diesen Erlaß, der für die Universität verbindlich ist, interpretiert das Ministerium § 12 Abs. 2 des ELAB-Abbruchgesetzes so, daß zum Wintersemester 1980/81 in die Studiengänge

für die Sekundarstufe II und zum Wintersemester 1981/82 für die übrigen Schulstufen niemand mehr immatrikuliert werden darf. Dieses Verbot wird auch auf den Quereinstieg bezogen. Gegen diese Rechtsauffassung entwickelte die Universität Gegenvorstellungen, so daß sie ausdrücklich vom Ministerium angewiesen werden mußte, gegen den für den Bewerber positiven Beschuß des Verwaltungsgerichtes Oldenburg, das die Rechtsauffassung der Universität und des Klägers bestätigt hatte, Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg einzulegen.

Das Oldenburger Gericht hatte seine Entscheidung damit begründet, daß der Kläger sich mit dem vierten Fachsemester in eine Studiengruppe einreihe, „die ihr Studium vor Schließung des Studiengangs mit dem WS 1979/80 aufgenommen habe.“ Zudem sei eine erschöpfende Nutzung der Ausbildungskapazität für das vierte Semester nicht nachgewiesen, so daß auch mit dem Art. 12 Abs. 1 GG der Quereinstieg gefordert werden könnte.

Das Oberverwaltungsgericht machte dagegen ganz andere Gesichtspunkte deutlich: „Der durch die Aufhebung der einphasigen Lehrerausbildung im Sekundarbereich II bewirkte Ausschluß des Quereinstiegs ist entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts auch nicht verfassungswidrig.“ Zu dem von dem Studienbewerber vor dem Verwaltungsgericht beantragten vorläufigen Rechtsschutz äußerte es ferner, daß „bereits Zweifel daran bestehen, daß der Erlaß der begehrten einstweiligen Anordnung zeitlich besonders dringlich und damit notwendig sei.“ Der Antragsteller habe bereits eine abgeschlossene Ausbildung, „die ihm die Aufnahme einer Berufstätigkeit ermöglicht.“ Außerdem könne er das Studium auch in der zweiphasigen Ausbildung zum zweiten Semester aufnehmen. „Sein Nachteil besteht damit allein in der Nichtenrechnung eines Studienjahrs in einem Zweitstudium. Es kann zweifelhaft sein, ob dieser Nachteil schwerwiegend genug ist, um die Vorwegnahme der Hauptstufe zu rechtfertigen.“ Überhaupt ist das OVG der Auffassung, daß „ein Obsiegen in der Hauptsache entgegen der vom Verwaltungsgericht vertretenen Auffassung bei summarischer Überprüfung wenig wahrscheinlich ist.“

Nur jeder sechste Student mit Wohnsituation zufrieden

Nicht erhöhte Wohnansprüche, sondern ein immer schmäleres Budget und steigende Mieten sind die Ursachen eines „dramatischen“ Wohnraumangels unter Studenten. Das geht nach Auffassung des Studentenwerks Oldenburg aus einer jetzt veröffentlichten Umfrage zur studentischen Wohnsituation in Oldenburg hervor.

An der Umfrage des Studentenwerks hatten sich 3.028 (47,5 Prozent) von den insgesamt 6.387 im Sommersemester 1981 eingeschriebenen Studenten der Universität und der Fachhochschule Oldenburg beteiligt. Rund 40 Prozent der Befragten zahlen, so die Erhebung, mehr als 250 Mark Miete im Monat. Nur 26,9 Prozent der Befragten verfügen über ein monatliches Einkommen, das dem vom Deutschen Studentenwerk errechneten Mindestsatz von 750 Mark gleichkommt oder darüber liegt. Die Mehrzahl der befragten Studenten liegt deutlich unter diesem Satz. Knapp 20 Prozent geben ihr monatliches Einkommen mit weniger als 550 Mark an.

Wie die Erhebung zeigt, wird die abgeschlossene Wohnung, gemeinsam mit anderen gemietet, bei weitem (rund 83 Prozent) bevorzugt. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß persönliche Bedürfnisse - Vermeidung von Vereinzelung - für diese Präferenz ebenso maßgeblich sind wie finanzielle Erwägungen. Ähnliches gilt für die in zweiter Linie geäußerte Bereitschaft, in einem Studentenwohnheim Quartier zu nehmen. Die Umfrage stellt diesen Daten die hohe Wohnzufriedenheit (nur 16,6 Prozent geben an, mit ihrer derzeitigen Wohnung zufrieden zu sein) gegenüber und bewertet die Wohnsituation der Oldenburger Studenten als insgesamt unzulänglich. Sie nennt als notwendige und vordringlich zu ergreifende mögliche Maßnahmen die Bereitstellung städtischer Häuser und den Ausbau von geeigneten Wohnheimen. Die Lagebeurteilung der Untersuchung steht teilweise in Widerspruch zur Einschätzung der Stadt Oldenburg. Die Stadt hatte unter anderem unter Einbe-

ziehung einer nach ihrer Schätzung umfangreichen „stillen Reserve“ von Einzelzimmern die Lage des studentischen Wohnungsmarkts als problematisch, aber nicht als prekär bezeichnet.

Vertreter von Universität, Fachhochschule und Studentenwerk haben sich inzwischen auf eine Lösungsstrategie verständigt, die beide Einschätzungen berücksichtigt, das Hauptgewicht aber auf die Schlüssefolgerungen der Studienwerk-Erhebung legt. Wie der Vizepräsident der Universität, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, der Prorektor der Fachhochschule, Professor Zwilling, und Studentenwerk-Geschäftsführer Kiehm erklärten, sollten vor allem preiswerte Wohnungen für Studenten geschaffen werden, wenn auch die Möglichkeit einer Aktivierung von brachliegenden Einzelzimmern-Angeboten nicht außer acht gelassen werden sollte. Die Untersuchungen des Studentenwerks belegen deutlich, so Raapke, daß die Wohn-Wünsche und die Wohn-Notwendigkeiten von Studenten sich nicht von denen anderer junger Leute unterscheiden. Es gelte, die Studenten in die „normale“ Wohnungsversorgung einzubeziehen. Zu denken sei an eine kurzfristige „Aktivierung“ von Gebäuden der öffentlichen Hand, an eine flexible Handhabung der Belegung von Sozialwohnungen und - langfristig - an die Schaffung zusätzlichen Wohnraums mit Hilfe öffentlicher Mittel.



Angst vor Isolation: 83 Prozent aller Studenten wollen lieber mit anderen in einer Wohnung leben, als in einem Einzelzimmer mieten.

Foto: Liebig

3 Foto-Fachgeschäfte

Heiligengeiststr. 6 · Achternstr. 34 · Lange Str. 20

TV · HiFi · VIDEO

„Wir vom 1. Stock“ · Heiligengeiststr. 6 mit Meisterwerkstatt · Tel. 04 41 / 40 45 89

Wöltje-Portrait-Foto-Studio

Heiligengeiststr. 6 mit Tierfoto-Studio

Gut beraten · besser gekauft

wöltje
OLDENBURG

... weil Preis und Leistung stimmen!

14 Jahre im Hochschuldienst

Professor Dr. Ilse Mayer-Kuhlenkampff emeritiert



Mit Ablauf des Monats September 1981 ist Frau Prof. Dr. Ilse Mayer-Kuhlenkampff emeritiert worden. Von ihren bisherigen Pflichten als Hochschullehrerin ist sie damit entlastet, das Recht

zu Lehre und Forschung in ihrem Fachgebiet, der Sozialpädagogik, bleibt ihr jedoch erhalten. Bei der kleinen Feier aus Anlaß der Überreichung der Urkunde hat der Vertreter der Fachschaft Pädagogik Frau Mayer-Kuhlenkampff vor allem für zweierlei gedankt: für die gute Betreuung der Studenten beim Studium und für die Mitarbeit beim Aufbau der Studienrichtung Sozialpädagogik/Sozialarbeit im erziehungswissenschaftlichen Diplomstudium sowie bei der Ausarbeitung der Diplom-Prüfungsordnung. Aber auch für die Kollegen ist immer spürbar gewesen, wie intensiv sich Frau Mayer-Kuhlenkampff um die Studenten gekümmert hat und um sie besorgt war. Frau Mayer-Kuhlenkampff hat nie nur ein enges Spezialgebiet der Sozialpädagogik vertreten, aber in den letzten Jahren ist ein Thema immer mehr in das Zentrum ihrer Arbeit gerückt, die Schulsozialarbeit. Der Außensteiter mag auf den ersten Blick nicht erkennen, was hier gemeint ist. Schulen sind nicht nur Unterrichtsanstalten, sondern auch „Großbetriebe“, in denen eine Vielzahl von sozialen Problemen zusammenfließt. Alle einzelnen Schüler und Lehrer bringen solche sozialen Probleme mit, aber auch die Großorganisation des „Betriebs“ Schule produziert soziale Probleme. Die angehenden Lehrer darauf aufmerksam zu machen und Sozialpädagogen dafür auszubilden, in solchen Problemfeldern tätig zu wer-

den, hat Frau Mayer-Kuhlenkampff als eine besonders wichtige Aufgabe angesehen. Und mit dieser Arbeit ist sie noch keineswegs zu Ende, sondern wir erwarten wichtige Beiträge dazu von ihr. Die Befreiung von den regelmäßigen Lehrverpflichtungen gibt ihr hoffentlich Gelegenheit, die schon lange begonnenen Arbeiten abzuschließen.

Professor Hasler, der Dekan des Fachbereichs Pädagogik, hat Frau Mayer-Kuhlenkampffs Leben als einen „deutschen Schicksalsweg“ gekennzeichnet. Im Kaiserreich ist sie geboren, in der Weimarer Republik aufgewachsen, und in der Nazizeit hat sie studiert und die Prüfung für das höhere Lehramt in Theologie, Geschichte und Deutsch abgelegt. Während des Krieges war Ilse Mayer-Kuhlenkampff Lehrerin an Landerziehungsheimen, 1944 bis 1947 ist sie Lehrerin in Berlin gewesen. Was mag eine Lehrerin in diesen Jahren in Berlin alles erlebt haben; wir sollten sie genauer danach fragen. Durchaus ungewöhnlich war, daß Ilse Mayer-Kuhlenkampff 1948 bis 1949 in die Vereinigten Staaten gegangen ist und dort noch einmal von neuem studiert hat, und zwar die neuen Ansätze und Methoden der Sozialpädagogik und Gruppenpädagogik. Darauf war sie dann auch nur noch in der Sozialpädagogik täglich an vielen Stellen in der Bundesrepublik, zuletzt in der Volkshochschule Kassel. Von dort ist sie 1967 als Professorin für Sozialpädagogik an die damalige Pädagogische Hochschule berufen worden. In den folgenden 14 Jahren haben wir die freundliche und herzliche Kollegin immer mehr geschätzen gelernt, viele Studenten haben nicht nur bei ihr Kenntnisse erworben, sondern ihr auch vertraut. Theorie und Praxis der Sozialpädagogik miteinander zu verknüpfen, war für sie selbst kein Problem, diese Verknüpfung ist Ausdruck ihrer Person.

Im übrigen: Mit Frau Mayer-Kuhlenkampff scheidet eine Frau aus dem Kreis der Professoren an dieser Universität aus. Wir sollten mal wieder nachzählen, wieviel Professorinnen bei uns tätig sind und in welcher Weise wir in dieser Frage Reformansprüche eingelöst haben.

Kooperation nicht infrage gestellt

„Mit Genugtuung“ hat der bisherige Vorsitzende des Kooperationsausschusses, Wolfgang Schultze, Anfang September vor diesem Gremium festgestellt, daß die nunmehr sechsjährige Zusammenarbeit zwischen der Universität Oldenburg und dem DGB Landesbezirk Niedersachsen nach wie vor als wichtig angesehen werde.

Nach Worten Schultzes, der den Vorsitz des Ausschusses wiederum an den Leiter der ZWW, Dr. Jürgen Weißbach, abgegeben hat, werde die Kooperation trotz veränderter politischer Bedingungen in der Universität in keiner Weise in Frage gestellt. Es

sei im Gegenteil so, daß auch gewerkschaftlich nichtorganisierte oder gar engagierte Wissenschaftler die Befasung mit gewerkschaftlich wichtigen Themen und Fragestellungen für einen durchaus interessanten Bestandteil ihrer Arbeit hielten. Die Gewerkschaften hätten durch gemeinsame Diskussionen gelernt, wissenschaftliche Arbeitsweisen und Eigentümlichkeiten zu durchschauen und so ihre Anforderungen besser einzuholen.

Nachdrücklich betonte Schultze, der Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie ist, daß die Oldenburger Kooperationspraxis von dem Grundsatz geleitet sei, die gegenseitige Unab-

hängigkeit uneingeschränkt zu respektieren. Dies sei eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, die Kooperation von Hochschule und Gewerkschaften als etwas Normales anzusehen und zu praktizieren.

Als absolut notwendig bezeichnete Schultze in seinem Rechenschaftsbericht die Einrichtung zumindest einer hauptamtlichen Stelle für die Betreuung des Kooperationsausschusses und seiner Arbeit. An einem entsprechenden Antrag, der jetzt dem Bundeswissenschaftsministerium vorliegt, sei mit großer Intensität gearbeitet worden.

Tiefstpreis-Garantie bei Gerätekauf

Wenn Sie innerhalb von 14 Tagen nach Kauf Ihr Gerät bei gleichen Leistungen preisgünstiger in Oldenburg vorfinden, nimmt WÖLTJE Ihr Gerät zurück und erstattet den Kaufpreis.

Umtausch-Garantie

14 Tage Umtausch-Recht - WÖLTJE möchte, daß Sie zufrieden sind. In Zahlungnahme-Garantie

WÖLTJE nimmt jedes Gerät zum Tageshöchstpreis bei Neukauf in Zahlung. Fotogeräte auch bei Neukauf TV, HiFi oder Video-Geräte.

Farbbild-Garantie

Farbbilder ohne Risiko durch WÖLTJE „i.O.-Bilder“: Verwackelte, unscharfe und falsch belichtete Bilder brauchen Sie nicht zu nehmen. Ferner SCHNELL-SERVICE f. Farbbilder u. Ektachrome/Afachrome.

Leserbrief • Leserbrief • Leserbrief

AStA zum Artikel „Studentisches Wohnen“

In der Presseerklärung der Stadt Oldenburg (uni-info 13 + 14/81) wird nochmals deutlich, daß die Stadtverwaltung auch in Zukunft keine angemessene Verbesserung der studentischen Wohnsituation anstreben will. Obwohl seit Jahren ein starkes Ansteigen der Studentenzahlen vorhersehbar war, hat die Stadt keine nennenswerte Maßnahme ergriffen, um entsprechend neuen Wohnraum zu schaffen. Erst nach den ersten Hausbesetzungen und häufiger öffentlicher Kritik bekommt sich die Stadt, ein Haus zur Verfügung zu stellen. Nun aber versucht die Stadt, die Probleme einseitig auf die Studentenschaft abzuwälzen. In der neueren Presseerklärung werden erstmal vage Statistiken angeführt, die sogar bis ins Jahr 1975 zurückführen, um dann die Wohnungssituation einzuschätzen. So heißt es:

- Einzelzimmer werden von fast allen Studenten abgelehnt
 - Ausgesprochen unbeliebt scheint auch das Wohnen bei den eigenen Eltern zu sein
 - Altbauwohnungen aus privater Hand stehen Studenten wegen vermutlich bestehender Vorurteile nur selten zur Verfügung
 - Sozialwohnungen stehen nur Familien zu
 - Nach einer nicht nachvollziehbaren Rechnung geht die Stadt von einer „stillen Reserve“ in der Größenordnung von 8.000 Einzelzimmern aus.
- Hierzu unsere Stellungnahme:
- Nicht erwähnt wird, daß Einzelzimmer für Studenten eine zusätzliche Isolierung bedeuten. Kein Mensch läßt sich auf Dauer in irgendeine Ecke abschieben, auch Studenten nicht! Damit sind die Wohnungsprobleme nicht gelöst.

• Auch wenn viele Studenten bei den Eltern wohnen wollten, entlastet dies den Wohnungsmarkt kaum, denn nicht alle Studenten kommen aus Oldenburg. Sie müßten lange Fahrzeiten hinnehmen, sollten sie sich für diese Wohnart entscheiden.

• Daß Altbauwohnungen nur aus Vorurteilen gegenüber Studenten nicht als Wohnraum zur Verfügung stehen, ist allein nicht stichhaltig. Spekulationen und Zweckentfremdung sind m.E. entscheidender. So stehen immer noch bewohnbare Häuser ungenutzt vor dem Verfall (z.Zt. über 70!), und sie werden dann nach einer Zeit niedrigergerissen, um ertragsreich Neubauwohnungen entstehen zu lassen. Diese Wohnungen sind für Studenten und sozial schwache Mitbürger nicht mehr tragbar. Diese unhalbaren Zustände hat die Stadt mit zu verantworten.

• Sozialwohnungen können von studentischen Wohngemeinschaften sicherlich zweckmäßig genutzt werden. Anstelle des „Vermietungsboykotts“ sollte die Stadt lieber prüfen, ob nicht doch Sozialwohnungen von Familien blockiert sind, die ein viel zu hohes Einkommen beziehen und somit keinen Anspruch auf Sozialwohnungen haben.

• Mit der Behauptung, daß 8.000 Einzelzimmer leerstehen, versucht die Stadt sich einfach aus der Verantwortung zu ziehen. Angenommen es ständen wirklich 8.000 Einzelzimmer zur Verfügung, die für studentisches Wohnen sachgerecht zu nutzen sind, dann stellt sich die Frage, wie die Stadt Einwohner, die vielleicht seit 20 Jahren alleine wohnen und leben, erklärt, daß jetzt ein Student bei ihnen wohnen soll, mit Bad- und Küchenbenutzung und völlig anderen Lebensgewohnheiten.

AStA-Sozialreferent Leif Martens

Personalien • Personalien • Personalien

Horst Scholz, bisher wissenschaftliche Hilfskraft im Fachbereich 4 (Wirtschafts- und Rechtswissenschaften), arbeitet seit September als neuer Präsidialassistent. Er ist damit Nachfolger von **Johannes Buchrucker**, der das netugeschaffene Akademische Auslandsamt übernehmen.

Professor Dr. Dieter Kimpel, Kunsthistoriker im Fachbereich 2, hat auf Einladung des Comité International d'Histoire de l'Art in Zürich einen Vortrag zum Thema „Technik und Stil in der gotischen Architektur des 13. Jahrhunderts“ gehalten.

Professor Dr. Laurenz Lachnit, bisher Akademischer Oberrat an der Universität Dortmund, hat im SS 81 einen Ruf auf die Professur für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Rechnungswesen im FB 4 angenommen. Lachnit, Jrg 43, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Johann - Wolfgang - Goethe - Universität Frankfurt/Main. Danach promovierte er 1971 an der FU Berlin zum Dr. rer. pol. und erwarb 1978 die Venia legendi für Betriebswirtschaftslehre. Seit 1967 war er zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt, dann an der Freien Universität Berlin. Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit: Rechnungslegung der Unternehmen, Wirtschaftsprüfungswesen, Kostenrechnung und Controlling, Unternehmensführung sowie Industriebetriebslehre.

Gerd Wübbena wurde als wissenschaftlicher Angestellter mit dem Arbeitsschwerpunkt „Erwachsenenbildung“ eingestellt. Wübbena, Jrg. 47, studierte an der PH Oldenburg, dann an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig und an der Universität Oldenburg (Abschluß: Diplom-Pädagoge). Er unterrichtete dann an der Fachschule und Fachoberschule für Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Oldenburg Pädagogik, Soziologie und Bildende Kunst. **Kurt Ring**, Leiter des Dezernates 1 (Haushalt und Organisation), ist bis 1985 zum ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Oldenburg ernannt worden.

Dr. Eugen Strauß, bisher Akademischer Rat im Fachbereich 8 (Physik), ist zum Akademischen Oberrat ernannt worden.

Termine

Donnerstag, 15.10.81, 9.00, Birkenweg, Obergeschöß, Raum 5. Anhörungen für die Stelle „Allgemeine Psychologie mit dem Schwerpunkt Methodenlehre“. Jean-Luc Patry (Fribourg), Hans Colonius (Braunschweig), Werner Maschovsky (Berlin), B. Rohrmann (Mannheim). - **Freitag, 16.10.81, 9.00, Uwe Mortensen (Konstanz)**, Walter Bungard (Köln), Detlev Liepmann (Berlin), Thomas Schulz (Bonn). **Donnerstag, 22.10.1981, 20.00, Hörsaal F**. Vortrag von Dr. Ursula Reinhold (DDR). Tendenzen und Probleme der DDR-Literatur in den 70er Jahren.

Ausschreibung

Für die Erfassung des Altbestandes von Geräten und Anlagen im Bereich der ZETWA ist im Dezernat 5 ab sofort eine Stelle für stundenweise Beschäftigte (BAT Vb) mit 19 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 15.10.81 an die ZETWA zu richten.

Bibliothek bietet Führungen an

Die Bibliothek bietet - besonders für Studienanfänger - Führungen durch ihre Einrichtungen zum Semesterbeginn an. Die Besichtigungen sind am Dienstag und Donnerstag, dem 13., 15., 20., 22., 27. und 29. Oktober, jeweils um 10.00 und 14.00.

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88



Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelkopfschreibmaschinen ab 699 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.



Donnerschweer Str. 91
2900 Oldenburg
Ruf 04 41 / 8 51 25
BUREOTECHNIK
HERWIG ERLBECK

Verkauf Mo-Fr ab 17 Uhr oder nach Vereinbarung

TABULA BUCHLADEN

IM
HERBART
GANG

BLENDEN VIER 4 Fotogalerie

Poster - Bilderrahmen
An- und Verkauf von
Fotoapparaten und Zubehör
Rolf Ahlers Bergstraße 4
2900 Oldenburg Tel.: 0441/25015

Alles das,

was Kreative und Bastler so täglich für ihre Arbeit und für's Hobby gebrauchen, bekommt man mit dem

Studienausweis
preisgünstig im
Fachgeschäft

Spanhake

29 oldenburg · lange straße 48
beim rathaus · ruf 04 41 / 274 88

Kopieren · Sortieren · Einbinden

KOPIER DIENST

• KOPIER-AUFRAG-SERVICE
• Examensarbeiten schnell u. gut

Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 0441/7 63 74

KOPIERPREIS

je Stück

DIN A 4 DM 0,12

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium



In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERICKE
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

2 Stunden

Examensarbeiten-Service

Fotokopien DIN A 4
Buchbindearbeiten
Zeitschriften Berichte



HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Das ist der superbequeme Jacoform-Schuh.
So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei
EGGERS
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe
Edewechter Landstraße 89
Telefon 50 27 63
Mittwoch nachmittags geschlossen

Mit der OBS den Grundstein legen.

Grund- & bodensolide

ÖBS

Immobilien
GmbH

OLDENBURG, MARKT, RUF 0441/2371

Landesbausparkasse der Sparkassen

ÖBS

Öffentliche
Bausparkasse

OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN